



3



Betriebe-Kd.-Nr.:

Betriebsnummer: 1)

Empfänger

1) Es ist die Betriebsnummer vom Sitz des Ausbildungsbetriebes anzugeben.

Antrag auf „Zuschuss zur Ausbildungsvergütung“ nach dem Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“

1. Ich beantrage für den Monat _____ einen „Zuschuss zur Ausbildungsvergütung“ gem. Ziffer 2.3 der Ersten Förderrichtlinie für das Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ für die Fortsetzung der Berufsausbildung von:

Name, Vorname	Ausbildungsberuf laut Ausbildungsvertrag	Ausbildungsvergütung	AG-Anteil zur SV	Arbeitgeber-Brutto
		Euro	Euro	Euro
		Euro	Euro	Euro
		Euro	Euro	Euro
		Euro	Euro	Euro
		Euro	Euro	Euro
		Euro	Euro	Euro
		Euro	Euro	Euro
		Euro	Euro	Euro
		Euro	Euro	Euro
		Euro	Euro	Euro
		Euro	Euro	Euro

2. Betroffenheit

2.1 Für den unter Ziffer 1. beantragten Monat wurde im Ausbildungsbetrieb Kurzarbeit durchgeführt.

- ja
- nein



2.2 Der Arbeitsausfall für den unter Ziffer 1. beantragten Monat beträgt im Betrieb bzw. in der Betriebsabteilung mindestens 50 Prozent.

- ja
 nein

2.3 Die unter der Ziffer 1. genannten Auszubildenden und - außerhalb von Zeiten des Berufsschulunterrichts - deren Ausbilder*innen sind vom erheblichen Arbeitsausfall nach Ziffer 2.2 betroffen.

- ja
 nein

2.4 Die unter der Ziffer 1. genannten Auszubildenden und - außerhalb von Zeiten des Berufsschulunterrichts - deren Ausbilder*innen waren im unter der Ziffer 1. beantragten Monat nicht in Kurzarbeit und konnten somit die laufenden Ausbildungsaktivitäten fortsetzen.

- ja
 nein

3. Ausschlussgründe

3.1 Die Fortsetzung der Berufsausbildung wurde rechtzeitig angezeigt.

- ja
 nein

3.2 Eine/r der unter Ziffer 1 genannten Auszubildenden ist Ehegatte oder Verwandte/r ersten Grades der Inhaberin/des Inhabers des Ausbildungsbetriebes.

- ja, Name, Vorname: _____
 nein

3.3 Der Ausbildungsbetrieb erhält für eine/n unter der Ziffer 1 genannten Auszubildenden eine Förderung auf anderen rechtlichen Grundlagen oder nach anderen Programmen des Bundes oder der Länder mit gleicher Zielrichtung oder gleichem Inhalt.

- ja, für Namen, Vornamen: _____
 nein

3.4 Der Ausbildungsbetrieb hat innerhalb der letzten drei Steuerjahre De-minimis-Beihilfen erhalten.

- ja, in Höhe von: _____ Euro
 nein

4. Bankverbindung

Ich bitte die bewilligte Leistung zu überweisen

IBAN _____

BIC _____

bei _____

Geldinstitut



Kontaktdaten (anzusprechende Person, Telefonnummer, E-Mail-Adresse)

Checkliste über beizulegende Anlagen bzw. Nachweise:

- Für staatlich anerkannte Ausbildungsberufe ist eine Bescheinigung der nach dem Berufsbildungsgesetz, der Handwerksordnung oder dem Seearbeitsgesetz zuständigen Stelle als Nachweis für die Ziffer 1 beizulegen. Für die anderen förderfähigen Berufe ist der Ausbildungsvertrag als Nachweis beizufügen.
 - Entfällt, da sich der Antrag nicht auf zusätzliche Auszubildende bezieht, für die die Fortsetzung der Ausbildung zwar angezeigt, aber noch keine Bescheinigung bzw. kein Ausbildungsvertrag eingereicht wurde.
- Nachweis über Auszahlung einer höheren Ausbildungsvergütung zur ursprünglich vereinbarten Ausbildungsvergütung (z.B. Tarifierhöhung, Wechsel des Ausbildungsjahres) pro Auszubildende/n
 - Entfällt, da keine Änderung zur erstmaligen Einreichung des Nachweises über abweichende Ausbildungsvergütung
- Nachweis über Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung pro Auszubildende/n
 - Entfällt, da keine Änderung zur erstmaligen Einreichung des Nachweises über Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung
- De-minimis-Erklärung des Antragstellers

Hinweise:

- Der Antrag ist an die Agentur für Arbeit zu richten, in deren Bezirk der Ausbildungsbetrieb liegt.
- Es besteht kein Anspruch auf die Gewährung des „Zuschusses zur Ausbildungsvergütung“. Die Agentur für Arbeit entscheidet im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel nach der Reihenfolge des Antragseingangs mit den vollständigen Unterlagen.

Erklärung:

- Die vorstehenden Angaben sind vollständig und entsprechen der Wahrheit.
- Uns ist bekannt, dass falsche und unvollständige Angaben nicht nur zur Erstattung von Leistungen, sondern auch zu einem Ordnungswidrigkeiten- oder Strafverfahren (Subventionsbetrug) führen können. Darüber hinaus sind uns die Tatsachen nach den Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur Bundeshaushaltsordnung (VV-BHO) Nr. 3.4 zu § 44 BHO als subventionserheblich und die Strafbarkeit eines Subventionsbetrugs nach § 264 StGB bekannt.
- Wir verpflichten uns, jede Änderung gegenüber unseren Angaben im Antrag unverzüglich mitzuteilen, die sich auf die Fördervoraussetzungen und die Zahlung der Förderung auswirkt. Dies gilt insbesondere für die Ziffern 3.3 und 3.4 des Antrages.

Ort, Datum

Unterschrift und Firmenstempel